



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-γ-: Deutschland und Amerika

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Deutschland und Amerika



a die Vereinigten Staaten das deutsch-amerikanische Handelsabkommen vom Jahre 1907 gekündigt haben, wird im Verlaufe des nächsten Halbjahres eine neue Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Union vereinbart werden müssen, oder es tritt ein vertragsloser Zustand ein, dessen Folgen sich schwer voraussagen lassen. Es wird sich darum handeln, ob ein Ausgleich zwischen den deutschen, in der Mehrzahl auf bestimmte Sätze festgelegten Zöllen und dem neuen nordamerikanischen Tarif, dessen Abänderung ebenfalls enge Grenzen gezogen sind, gefunden werden kann. Der amerikanische Tarif bringt namentlich gewisse allgemeine, die Einfuhr erschwerende Bestimmungen und außerdem starke Zollerhöhungen, die ganz besonders die deutsche Kleineisenindustrie und bedeutende Zweige des Textilgewerbes treffen. Die Entrüstung in deutschen Blättern über das Vorgehen der Nordamerikaner ist nicht gering, man ereifert sich über die Selbstsucht der Yankee, die so gar keine Rücksicht auf andre Leute nehmen, aber die ganze Entrüstung kommt zu spät. Ob es etwas genützt hätte, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland vom ersten Tage an, wo man sich in der Union mit der Frage zu beschäftigen begann, gegen eine einseitige Gesetzgebung von drüben ernst aufgetreten wäre, steht freilich dahin. Jedenfalls ist der neue Tarif, für den am 18. März der erste Vorschlag vom Komitee der Mittel und Wege eingebracht worden war, schon am 6. August in Kraft getreten, obwohl eine scharfe Gegnerschaft bestand, und es eines starken Parteidrucks auf zahlreiche Repräsentanten und Senatoren bedurfte, um das Payne-Abdrichsche Machwerk durchzusetzen. Präsident Taft hat sich leider nicht an die Wahlversprechungen gehalten, sondern dem fait accompli zugestimmt, wenn auch mit einem gewissen Bedauern darüber, daß er in diesem Falle nicht von vornherein seinen Standpunkt über seiner Partei und ihrem Treiben eingenommen habe. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er bei einer festen Stellungnahme die Mehrzahl des Volks hinter sich gehabt hätte, es ist auch möglich, daß die republikanische Partei in der Zukunft üble

Folgen für ihre Rücksichtslosigkeit zu tragen haben wird: aber zunächst ist der Tarif in Kraft, und Inland wie Ausland werden sich damit abzufinden haben.

Die Überraschung in Deutschland über die Wendung war ziemlich allgemein, kaum geringer war sie in Frankreich. Nach den Wahlversprechungen und nach den Versicherungen Taft's hatte man etwas anderes erwartet. Man hat es eben bei uns noch immer nicht gelernt, die nordamerikanischen Verhältnisse mit einem andern Maßstabe zu messen als die europäischen. Es ist aber die politische Pflicht jedes Deutschen, wie die Engländer die auswärtige Politik seines Landes mit derselben Teilnahme zu verfolgen wie die innere, obgleich es gerade nicht erstaunlich ist, daß noch vielfach die Einsicht dafür mangelt in unserm Lande, das jahrhundertlang nahezu in Abhängigkeit vom Auslande gelebt hat. Seit wir aber in die Reihe der Weltmächte eingetreten sind, seit sogar die außereuropäischen Mächte zum erstenmal in der Weltgeschichte einen stetig zunehmenden Einfluß auf die große Politik gewinnen, geht das nicht mehr an. Auch die Zeiten Bismarck's sind vorüber, in denen man seinem Genius die ganze auswärtige Politik anvertraute, sich des Nachdenkens darüber enthielt und seine Handlungen rein nach dem Gefühl entweder benörgelte oder bejubelte. In unsern größern, darum schwieriger und verwickelter gewordenen Verhältnissen würde auch ein Bismarck nicht ausreichen, wenn nicht das ganze Volk mit vollem Verständnis hinter seiner Politik stünde und, von vergänglichen Gefühlsregungen frei, das richtige Rationalgefühl und die von klarer Einsicht in die Sachlage beseelte, für große Entscheidungen unbedingt notwendige Begeisterung entwickelte. Dazu gehört aber eine ganz andre, viel ernster betriebne Beschäftigung mit der auswärtigen Politik, als es in Deutschland hergebracht ist. Vor allen Dingen müssen wir das Ausland viel besser kennen und müssen verstehen lernen, wie dort die uns berührenden Fragen aufgefaßt und nach der Eigenart jedes einzelnen Volks behandelt werden. Sonst werden wir auch weiter Überraschungen erleben wie soeben jetzt und sie, gleich dem Chor der antiken Tragödie, nur mit unsern Gefühlen und mit lyrischen Lauten begleiten dürfen. Dreinschlagen kann man nicht immer.

Jeder Schritt, der dazu beiträgt, unsre Kenntnis der auswärtigen Politik zu vermehren, ist ein Stein zum Fundament unsrer berechtigten Weltpolitik, der nicht damit gedient wird, daß jedes Scheitern eines Wunsches oder selbst ein unzweifelhafter Mißerfolg einfach der Reichsregierung zur Last gelegt und gewöhnlich mit auffälliger Unkenntnis der Machtverhältnisse und der gesamten politischen Lage benörgelt wird. Damit kommen wir nicht weiter und bleiben nach wie vor ein politisch wenig befähigtes Volk. Wir bilden uns nicht wenig auf unsre Schulbildung ein, die uns ja auf vielen Gebieten sehr zustatten kommt, aber es wird meist übersehen, daß wir in der Regel auf dem schulmäßigen Standpunkt verbleiben, die darauf fußende Weiterbildung unterlassen und darum nur zu oft in Nachteil geraten gegenüber andern Völkern, die bei vielleicht geringerer Schulbildung wenigstens niemals den praktischen

Gefichtspunkt aus dem Auge verlieren. Der Fehler liegt nicht an unsern Schulen, gegen die mit Unrecht der Vorwurf erhoben wird, daß sie unpraktisch seien, sondern daran, daß nicht praktisch darauf weiter gebaut wird, das Bürgertum in seiner Mehrheit sich mit dem flüchtigen Durchlesen des ohnehin dürftigen Inhalts unsrer Zeitungen und einigem Kannegießern darüber beim Bierkrüge begnügt, aber niemals ein ernstes politisches Buch zur Hand nimmt. Das gilt für die innere wie für die äußere Politik. Nun will man neuerdings dafür die Schuld der Schule beimeßen und ihr auch noch den politischen Unterricht aufhalsen. In die Schule, auch in die höhere, gehört aber nur die Verständlichmachung der bestehenden Grundlagen und Organisationen des Heimatstaats, denn die Politik ist keine Beschäftigung für die Jugend, sondern Arbeit für Männer, die auch immer Zeit dafür finden werden, wenn sie es damit ernst nehmen. Bei der heutigen Gepflogenheit laufen die Deutschen leider Gefahr, daß sie ewig politische Kinder bleiben. Daß es bei einigem Ernst gar nicht so schwierig ist, sich ausreichende politische Bildung anzueignen, beweisen die Sozialdemokraten, die darin im Durchschnitt den bürgerlichen Kreisen weit überlegen sind und in ihren begabteren Köpfen sich selbst Studierten gewachsen zeigen. Darin liegt auch das Geheimnis ihres Wachstums als Partei, während die bürgerlichen Parteien wegen Mangels an politischem Wissen zurückgehn und zurückgehn müssen.

Die Zeiten, in denen allein der Lauf der Dinge in Europa unsre Aufmerksamkeit verdiente, sind endgiltig dahin, das reicht nicht einmal mehr für die Beurteilung unsrer Kolonialpolitik aus, und erst recht nicht mehr, seitdem Japan die Siegeslaufbahn betreten hat und die Vereinigten Staaten seit Roosevelt immer lebhaftern Anteil an der Weltpolitik genommen haben. Es wird für unsre Zukunft von Bedeutung sein, ob es uns gelingt, zu diesen Ländern gute Beziehungen zu unterhalten. Daß das aber nicht von der Geschicklichkeit unsrer Diplomaten allein abhängen kann, sondern daß ihnen ein fester Volkswille den Rücken stärken muß, liegt auf der Hand. Das wäre nun gerade für die Verhandlungen mit der Union über die neue Gestaltung der Handelsbeziehungen jetzt sehr notwendig, aber man hört wenig darüber, auch die Anregung eines schlesischen Blattes, der Hansabund möge in diesem Falle Gewerbe, Industrie und Handel zu einer einheitlichen Stellungnahme um ein gemeinsames nationales Banner vereinigen, hat noch keinen sichtbaren Erfolg gehabt. Wir dürften also wohl wieder den kürzern ziehn. Sei dem nun, wie ihm wolle: unsre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werden noch auf lange Zeit für uns die wichtigsten bleiben, um so mehr, da auch ihr Zusammenhang mit den ostasiatischen Fragen unverkennbar ist. Trotz zahlreicher neuer Werke über die Vereinigten Staaten ist die Kenntnis der dortigen Verhältnisse und Anschauungen in Deutschland noch immer sehr gering. Als ein sehr nütliches Buch, diese Lücke auszufüllen, muß das bei E. S. Mittler & Sohn in Berlin erschienene Werk „Die Vereinigten Staaten als Weltmacht“ von

Archibald Cary Coolidge (367 Seiten, Preis 6 Mark) angesehen werden, gerade weil es vom amerikanischen Standpunkte aus geschrieben ist, aber alle Fragen bei genauer Kenntnis der europäischen Verhältnisse sachlich und mit beachtenswerter Objektivität behandelt.

Der Verfasser bringt für seine Darstellungen die ausreichende Befähigung mit. Er hat in England, Deutschland, Frankreich und der Schweiz studiert, ist längere Zeit diplomatisch in Petersburg, Paris und Wien tätig gewesen und hat alle Weltteile bereist. Seit Jahren wirkt er an der Harvard-Universität und war im Jahre 1907 Austauschprofessor in Paris. Aus den dort gehaltenen Vorträgen ist das vorliegende Werk entstanden, das der Verfasser ausdrücklich für Deutschland hat übersetzen lassen, „dessen großen Männern der Wissenschaft er sich tief verpflichtet fühlt“. Diese Hochachtung vor deutscher Wissenschaft im Verein mit der Eigenschaft als Austauschprofessor in Paris lassen schon im vorhinein eine große Unparteilichkeit des Werks annehmen, und man wird in der Überzeugung davon beim Lesen von Seite zu Seite bestärkt. Es ist unstreitig sogar ein großer Vorzug, daß der Verfasser nicht Austauschprofessor in Deutschland war, weshalb gewisse, darauf fußende Artigkeiten fehlen und darum auch keinen Anlaß zu mißverständlichen Auffassungen geben können. Das umfangreiche Werk gibt in einer Einleitung und neunzehn Kapiteln erschöpfende Auskunft über die geschichtliche Entwicklung der Union, die Bevölkerungs-, Einwanderungs- und Rassenfrage, die wirtschaftlichen Anschauungen und die politischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den europäischen Großmächten, dem romanischen Amerika und zu China und Japan. Es verdient bemerkt zu werden, daß der Verfasser die Machtverhältnisse der Union zu Wasser und zu Lande, obgleich der Titel des Buchs zu der Annahme führen könnte, nicht eigentlich bespricht, sondern nur gelegentlich bei geschichtlichen Ereignissen ihre Mitwirkung erwähnt, wobei er nicht verschweigt, daß sich im Kriege mit Spanien die Organisation der Armee als ungenügend erwiesen hatte, während der Erfolg der jungen Flotte ihr eine solche Volkstümlichkeit erwarb, daß dadurch ihre weitere Aufrechterhaltung und Vergrößerung gesichert wurde. Übrigens scheint er die allgemeine Ansicht der Nordamerikaner zu teilen, daß die Union für ihre politischen Aufgaben stets die notwendigen Machtmittel aufzubringen imstande ist.

In der Einleitung erläutert Coolidge seine Ansicht über den Begriff Weltmacht, wofür er als Voraussetzung die Stellung als Großmacht und außerdem einen beträchtlichen Kolonialbesitz in einem andern Weltteil annimmt. Demnach rechnet er zu den Weltmächten nach ihrer Größe England, Rußland, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Deutschland, aber nicht Österreich-Ungarn und Italien, ebensowenig China und Japan. Seine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten kann für den vorliegenden Zweck als mustergültig angesehen werden; daß sie in großen Zügen gehalten ist und jede Schilderung der Feibzüge vermeidet, ist eher ein Vorzug als ein

Mangel. Mit ganz besondrer Betonung hebt Coolidge den Wendepunkt durch den spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 hervor, insolge dessen die Union erst Weltmacht geworden ist, und dessen Erfolge, wie ganz ehrlich zugestanden wird, in gar keinem Verhältnis zu den amerikanischen Siegen stehn. Aber man „war überzeugt, daß man das frühere Sonderleben nicht weiter führen könne; auch die Vereinigten Staaten müßten teilnehmen an dem Leben der großen Welt, selbst wenn dafür alte Ideale geopfert werden müßten“. Man betrat den Weg der imperialistischen Politik. „Es ist wohl nicht bloß Zufall, daß Amerika nach vollständiger Besiedlung innerhalb seiner natürlichen Grenzen sich über diese ausdehnte.“ Da der Krieg so erfolgreich gewesen war, wollte das Volk nichts wieder aufgeben, was einmal erobert worden war, und scheute vor keinen neuen Gefahren oder Verantwortlichkeiten zurück, und dieses Gefühl wurde schließlich für die Zukunft entscheidend. Sehr interessant ist der Nachweis, daß der wirtschaftliche Fortschritt die ganze Politik des Landes vielfach beeinflusste, und daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Dieser Einfluß hat insbesondre dadurch eine Wandlung erfahren, daß an Stelle der frühern ausschließlichen Rohproduktenausfuhr in wachsender Steigerung der Export an Fabrikzeugnissen ausschlaggebend geworden ist. Heutzutage müssen sich die Vereinigten Staaten im Wettstreit mit den hochentwickelten Industrieländern messen, von denen jedes alle Mittel anwendet, seinen Handel zu fördern und — vorderhand England ausgenommen — die heimische Industrie durch Einfuhrzölle zu schützen.

Coolidge verkennt nicht, daß die Unvernunft der extremen Hochschutzzöllner im eignen Lande dem Abschluß vorteilhafter Handelsverträge im Wege gestanden hat, er enthält sich aber einer unzweifelhaften Verurteilung dieses wirtschaftlichen Standpunkts und stellt immer die nordamerikanischen Einfuhrzölle den Zöllen andrer Staaten gewissermaßen gleich, obwohl doch schon der sogenannte Dingleytarif als übermäßig angesehen werden muß. Vom neusten amerikanischen Tarif spricht er selbstverständlich nicht, da sein Buch viel früher entstanden ist. Da der Export nordamerikanischer Fabrikzeugnisse nach den Besitzungen der europäischen Mächte durch Zölle stark behindert war, glaubten die Vereinigten Staaten bloß noch in zwei Gebieten eine große Zukunft für ihren Wareneport zu haben: in den romanischen Republiken ihres Weltteils und in Ostasien. Darum wurde die panamerikanische Bewegung eifrig betrieben und für Ostasien der Grundsatz der „offnen Tür“ durchgesetzt, wobei Coolidge nicht verkennt, daß das letztere Bestreben der Nordamerikaner beinahe lächerlich gewesen sei, da es ihnen nicht einfalle, den gleichen Grundsatz daheim anzuwenden. Er gibt auch mit aller Offenheit zu, daß die offne Tür für die Philippinen, für die sie bei der Annexion nolens volens erklärt werden mußte, keinen längern Bestand haben, und daß eine etwaige Durchführung des Grundsatzes für die romanischen Republiken auf den ernststen Widerstand der Union stoßen dürfte. Bei diesem Ausfuhrwettbewerb stoßen nun die Nordamerikaner überall auf die Konkurrenz der europäischen Industriestaaten,

von denen ihnen England und Frankreich, gewissermaßen als alte Firmen, erträglich erscheinen, während Deutschland, ebenso Neuling wie sie, als der eigentliche Konkurrent gilt. Dem entsprechend sind die Sympathien für Deutschland sehr gering, obgleich im letzten Jahrzehnt die Beziehungen zum Deutschen Reiche für die Union wichtiger geworden sind als zu allen andern Staaten, England und Japan ausgenommen. Nach Coolidge gleichen Deutschland und die Vereinigten Staaten zwei jungen, energischen Firmen, die sich noch ihre Stellung in der Welt zu erobern haben, wobei das Deutsche Reich etwas früher angefangen hat.

Wenn er es auch nicht deutlich ausspricht, so scheint Coolidge doch die allgemeine anglikanische Auffassung zu teilen, daß Deutschland ein Land voller Eroberungspläne ist, vor denen man sich hüten müsse. Die Anglikaner, die entweder auf ihrer sichern Insel in Europa oder neben mindermächtigen Staaten in Amerika sitzen, haben kein rechtes Verständnis für die Wehranstrengungen, die Deutschland wegen seiner geographischen Lage — gleich Österreich-Ungarn — machen muß, wenn es nicht wieder das Schlachtfeld für andre abgeben will; sie begreifen auch den friedensfördernden Einfluß der allgemeinen Wehrpflicht nicht. Da sie ebenso große militärische Anstrengungen höchstens zu Eroberungszwecken machen würden, so trauen sie ohne weiteres dem Deutschen Reiche solche zu. In dieser Ansicht werden sie durch den Umstand bestärkt, daß sie bei ihren Plänen überall auf den kräftigen Wettbewerb der Deutschen stoßen, den sie niederkämpfen wollen. Man zweifelt darum auch nirgends daran, daß der neueste nordamerikanische Zolltarif in der Hauptsache gegen Deutschland gerichtet ist. Coolidge bemerkt an einer Stelle sehr richtig: „Völker sind leicht bereit, einander des ränkevollen, hinterlistig durchdachten Spiels zu beschuldigen, nur von sich selbst wollen sie es nicht glauben“, aber bei aller ernsthaft gewollten Objektivität steht er doch eigentlich immer zur Ansicht seiner Landsleute, Deutschlands Ansprüche stehn auch für ihn hinter denen Englands, Frankreichs und selbstverständlich seines Landes zurück. Dieser Standpunkt ist für jeden Ausländer selbstverständlich, nur in Deutschland ist jene Objektivität vertreten, die selbst in den Fragen der Gegenwart dem fremden Rechte den Vorzug einräumt, sei es auch nur, um einen Grund zum Tadeln der eignen Regierung zu haben.

Von besonderm Interesse sind die Urteile des Verfassers über die Zukunft des Deutschtums in Amerika. Was die Deutschamerikaner in der Union betrifft, so schließt er sich dem Ausspruche von Polenz an: Das Deutschamerikanertum hat nur eine Gegenwart, aber keine Zukunft. Die Ursache sieht er in ihrer geringen Anzahl, die wegen der Verminderung der Einwanderung keine neue Auffrischung erhält, in der Neigung, sich schon in der zweiten Generation vollkommen zu amerikanisieren, wohl auch darin, daß sie sich, im Gegensatz zu den Isländern, wenig mit Politik beschäftigen. Die in neuerer Zeit beobachtete und in Deutschland mit Freude begrüßte Be-

wegung unter den Deutschamerikanern schreibt er hauptsächlich den in Amerika beheimateten Reichsdeutschen und Amerikanern, die in Deutschland gelebt und studiert haben, zu; er bemerkt dabei, ihnen sei es hauptsächlich zu verdanken, daß sich die beiden verwandten Völker haben verstehn und würdigen lernen. Auch dem nationalen Bestande der in Südamerika, namentlich in Brasilien, eingewanderten Deutschen erkennt er keine Aussichten zu; sie werden sich doch, wegen der unterbliebenen und zum Teil verhinderten Nachwanderung, der heimischen Bevölkerung anschließen, wovon sie bisher nur das Gefühl der Rassenüberlegenheit abgehalten hat. Coolidge dürfte in allen diesen Punkten Recht haben, wenn auch dadurch gewissen alldeutschen, auf die deutsche Auswanderung gegründeten Träumereien ein Ende gemacht wird. Er kennt diese sehr wohl, mißt ihnen zwar keinen offiziellen Charakter bei, deutet aber doch an, daß in Nordamerika dadurch Beunruhigung hervorgerufen wurde, die weitern Grund in der Annahme findet, daß Deutschland für seine Übervölkerung womöglich auf gewaltsamem Wege Unterkunft in Südamerika suchen werde. Dabei werde es aber auf die Monroepolitik der Vereinigten Staaten stoßen. Anerkannt muß werden, daß der Verfasser offen zugesteht, daß ein großer Teil der amerikanischen Abneigung gegen Deutschland auf den Einfluß der deutschfeindlichen englischen Presse zurückzuführen ist, die selbstverständlich den Nordamerikanern leichter zugänglich ist als deutsche Blätter.

Der sogenannten Monroedoktrin widmet Coolidge ein umfangreiches Kapitel und kommt auch bei Besprechung der Beziehungen zwischen der Union und den andern Mächten vielfach auf sie zurück. Seine Ausführungen darüber sind sehr lesenswert, es kann aber nur kurz darauf eingegangen werden, da es sich hier nicht darum handelt, ein erschöpfendes Buch zu schreiben. Nach ihrer heutigen Umwandlung läuft die Monroelehre darauf hinaus, daß die Union den ganzen westlichen Kontinent für ihre Interessensphäre ansieht, in die sie keine europäische Einmischung politischer Art dulden will. Daß ein solcher Anspruch, der von keiner Seite anerkannt worden ist, bei der weitern Näherückung der handeltreibenden Völker zum Kriege führen kann, liegt auf der Hand. Coolidge behauptet freilich, England habe ihn 1903 offiziös anerkannt, und spricht später auch von einer förmlichen englischen Anerkennung. Der Union wäre es zu wünschen, daß sie in diesem Punkte nicht üble Erfahrungen mit der Gewohnheit des anglikanischen Volkscharakters (den Coolidge auch den Nordamerikanern zuschreibt, ohne ihn direkt zu tadeln) macht, sich nicht durch Verträge gebunden zu erachten, wenn sie auf spätere Verhältnisse nicht mehr zu passen scheinen. Für die Monroedoktrin wird sich England in keinem Falle ereifern, und auf welche Seite es sich stellen wird, wenn einmal darum ein Krieg ausbrechen sollte, wird von ganz andern Gesichtspunkten abhängen. Vorläufig hat die gesamte Diplomatie geschickt vermieden, zu dieser heikeln Frage bestimmte Stellung zu nehmen, und bei den verschiedensten Anlässen, von denen auch Coolidge einige anführt, haben selbst die Vertreter der Union

unterlassen, bestimmte Erklärungen herauszubeschwören. Für die große Masse der Nordamerikaner gilt freilich die Monroelehre als politischer Glaubenssatz, hinter dessen Unbestimmtheit sich viel Selbstüberhebung und aller Fremdenhaß zu verbergen vermag. Dergleichen gibt aber noch keine politische Kraft, und Coolidge ist auch nicht im Zweifel darüber, daß die Monroelehre für die Union große Schwierigkeiten bringen kann.

Es ließe sich noch sehr vieles darüber sagen, wie auch über den interessanten Inhalt noch aller andern Kapitel, denn das Buch ist von Anfang bis zu Ende höchst lesenswert, es ist eine wahre Fundgrube für überseeische Politik und namentlich geeignet, zum politischen Nachdenken anzuregen, manche landläufige Meinungen in Deutschland richtigzustellen und gewisse Illusionen zu zerstören. Wir Deutschen müssen endlich einmal zur klaren Einsicht darüber kommen, wie wir eigentlich in der Welt stehen, und in dieser Beziehung ist hinterher eine angenehme Enttäuschung besser als eine unangenehme. Vor einer solchen dürfte das Studium des erwähnten Buchs den deutschen Leser bewahren. Es wird manche geben, die sagen, sie hätten zu dergleichen keine Zeit, was aber wohl auf dasselbe hinauskommt wie keine Lust. Wer sich das Recht errungen hat, in der Politik ein Wort mitzusprechen, muß auch die Pflicht erfüllen, sich dafür vorzubilden. Das im Aufstreben begriffne Deutschland muß hierauf den größten Wert legen.

-v-



## Neue Bismarck-Literatur



it mehr als ausreichenden Gründen darf man hierzu die Auswahl von politischen Essays von D. Gildemeister rechnen, die die Literarische Gesellschaft des Künstlervereins zu Bremen herausgegeben hat. (Aus den Tagen Bismarcks. Politische Essays von Otto Gildemeister. Mit einem Porträt Gildemeisters. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 230 Seiten, geheftet 4,40 Mark, gebunden 4,80 Mark.) Es ist der Geist einer großen Zeit, die Sprache der Besten in jenen unvergeßlichen Tagen, wo Deutschland ein Reich und damit erst wirklich uns zum Vaterlande wurde, die uns in der knappen Zahl von sechzig in meisterhaft vollendetem Stil geschriebenen Aufsätzen hier entgegen treten. Die Alten, die jene ewig denkwürdigen Ereignisse miterlebt haben, werden mit tiefer Befriedigung den zugleich jubelnden und ernststen Ton der Stimmung wieder erkennen, die damals die Seele unsers gesamten Volks in mächtige Schwingungen versetzte, und die Zungen mögen daraus lernen, wie die Väter dachten und empfanden, wie sich unter dem Eindrucke überraschender Wendungen, der Erfüllung des von der Nation heiß ersehnten Wunsches eine hohe Auffassung und eine ideale Gesinnung Raum verschaffte, die unsrer im